

"Die Welt ist bunter, als meist angenommen": Ein Gespräch mit Steffen Mau über Polarisierungsunternehmer, Veränderungerschöpfung und gesellschaftliche Gewöhnungsprozesse

Mau, Steffen

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mau, S. (2022). "Die Welt ist bunter, als meist angenommen": Ein Gespräch mit Steffen Mau über Polarisierungsunternehmer, Veränderungerschöpfung und gesellschaftliche Gewöhnungsprozesse. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82595-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Steffen Mau | Interview | 21.09.2022

„Die Welt ist bunter, als meist angenommen“

Ein Gespräch mit Steffen Mau über Polarisierungsunternehmer, Veränderungserschöpfung und gesellschaftliche Gewöhnungsprozesse

Warum ist es im Augenblick so populär, von gesellschaftlicher Polarisierung zu reden?

Weil wir doch, getrieben durch einen schnellen sozialen Wandel, eine Menge Phänomene beobachten, die man als ‚unsettled conflicts‘ bezeichnen könnte. Die Konfliktfelder sind noch nicht arrondiert und institutionell befestigt, Themen und Debatten strukturieren sich neu. Das bietet Gelegenheiten für Polarisierungsunternehmer und neue politische Akteure. Zudem schauen wir spätestens seit 2016 angsterfüllt auf den Brexit und die Vereinigten Staaten, wo es starke, erkennbare und empirisch gut nachgewiesene Spaltungstendenzen gibt, die sich über die vergangenen 25, 30 Jahre aufgebaut haben.

Dort werden also tatsächlich polarisierte Gesellschaften sichtbar?

Für die USA ist das klar, dort beobachten wir auch viele Formen affektiver Polarisierung. Das heißt, es geht nicht mehr um einzelne Streitfragen oder politische Sachthemen, vielmehr ist das politische Feld insgesamt nach Freund-Feind-Unterscheidungen aufgeteilt. Mit den Positionen des Gegners sind Emotionen entschiedener Ablehnung, sogar des Hasses verbunden – während das eigene Lager uneingeschränkte Zustimmung genießt.

Wer sind die Polarisierungsunternehmer, von denen Sie gesprochen haben? Sind die „Populisten“ gemeint?

Nicht nur. Das sind natürlich auch Querdenker, Corona-Leugner, identitäre Sozialprotestler, also Leute, die versuchen, sich über stark konfliktive Positionierung oder das Denken in Gegensätzen im politischen Feld zu verankern. Aber natürlich gehören dazu auch rechtspopulistische Akteure. Jeder, der es schafft, ein gesellschaftliches Thema so zu politisieren, dass es zur Lagerbildung und zur affektiven Polarisierung beiträgt, ist ein Polarisierungsunternehmer. Wenn man es stärker generisch fassen will, geht es um die divisive, also spaltende Absicht. Etwas anders sind jene Akteure zu beschreiben, die über Politisierung Konflikte stimulieren, in denen es um Anerkennungs- und Inklusionsfragen

geht. Zu diesen gehören auch viele Leute im Medien- und Kulturbereich, die ihre eigenen Agenden verfolgen. Es handelt sich zum Teil um Aktivist*innen, die sich zu Themen wie Trans*Personen, Anti-Rassismus, Anti-Diskriminierung positionieren. Hier ist Polarisierung nicht der beabsichtigte Zweck, kann aber eine unbeabsichtigte Nebenfolge sein oder von anderen Gesellschaftsmitgliedern so verstanden werden. Dies liegt daran, dass hier die Gruppenidentität als Mobilisierungsressource genutzt wird. Durch eine bestimmte Diskursposition und Abgrenzung von anderen wird erst einmal ein Gruppenbezug und damit auch politische Handlungsfähigkeit geschaffen.

Warum ist der Gruppenbezug von Relevanz und gesellschaftlich anschlussfähig?

Weil die meisten Leute, wenn sie auf ein neues gesellschaftliches Thema stoßen, zunächst und in erster Linie Konsistenz mit ihren bisherigen Positionen herstellen wollen. Zum anderen gibt es eine Art von Gruppenzwang. Wenn ich über eine starke Gruppenidentität verfüge, kann die öffentliche Herabwürdigung einer Überzeugung oder Ansicht, die dieser Gruppe zugeschrieben wird, Statusverluste zur Folge haben. Dagegen wehre ich mich dann, indem ich mich mit meiner Gruppe wieder ausdrücklich identifiziere und ihre Position noch stärker verteidige. Zu diesen Mechanismen hat die Sozialpsychologie viel geforscht.

Ließe sich die Polarisierungsthese nicht auch als eine Art Restmarxismus verstehen? Als Transformation der Behauptung, die Gesellschaft spalte sich in zwei große, miteinander im Widerspruch stehende, wenn man so will feindliche Klassen?

Ja, die Rede von der neuen Konfliktlinie zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen, zwischen Somewheres und Anywheres ist in gewisser Weise eine Folgediskussion zur These vom Hauptwiderspruch des Kapitalismus zwischen Kapital und Arbeit. Hier wird der Konflikt aber stark kulturalisiert und als Wertekonflikt verstanden. Der einfache Klassengegensatz, falls es ihn denn je gegeben hat, ist ebenso verschwunden wie die klare Strukturierung des politischen Feldes nach Klassenzugehörigkeiten. Darauf reagiert die Politikwissenschaft mit ihrem verstärkten Interesse an der Organisation von Elektoraten, der empirischen Erfassung von Wahlabsichten oder der Restrukturierung des Parteiensystems insgesamt. Ein Soziologe geht anders heran. Er interessiert sich erst einmal für die Gesellschaft, gewissermaßen die Substruktur des Politischen.

Beschäftigt man sich politikwissenschaftlich mit Polarisierungsphänomenen, wird in der Tat eine Veränderung des Parteiensystems in der gesamten westlichen Welt mit einer größeren Bedeutung von Parteien erkennbar, die entweder universalistische

Überzeugungen vertreten und ökologische Fragen thematisieren oder ethno-nationalistische Schließungen propagieren wie die AfD oder Lega Nord. Das sind zweifelsohne neue Erscheinungen jenseits des alten Schemas links-rechts oder Kapital-Arbeit. In den Elektoraten ist eine Reorganisation der Wählerschaft und Wählerströme zu beobachten, bis hin zu dem Punkt, an dem manche sagen, die AfD sei die neue Arbeiterpartei und spreche vor allem die unteren Schichten an. Wenn man jedoch soziologisch fragt, wie sich Leute zu Sachthemen positionieren, zu zentralen gesellschaftlichen Fragen – Migration, Anerkennung sexueller Diversität, Gleichstellung von Mann und Frau – dann ist die Lage viel unübersichtlicher. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen erlauben es nicht ohne Weiteres, die Leute dem einen oder anderen Camp zu zuordnen. Da finden sich keine scharf konturierten, klar einander gegenüberstehenden Lager. Und es lässt sich auch keine, wie man früher gesagt hätte, klare soziale Standortgebundenheit der Positionen feststellen, etwa in dem Sinne, dass es ein kosmopolitisches Oben und ein kommunitaristisches Unten gebe.

Ende des vergangenen Jahres haben Sie gemeinsam mit Thomas Lux und Aljoscha Jacobi eine Studie über den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Einstellungen zu gesellschaftlichen Ungleichheiten veröffentlicht und ermittelt, dass sich deutlich konturierte, polarisierte Einstellungskomplexe schlicht nicht feststellen lassen. Was haben Sie stattdessen beobachtet?

Wir sehen zunächst keine Aufspaltung in zwei gut voneinander zu unterscheidende Lager, auch keinen trennenden Graben zwischen unterschiedlichen Bevölkerungssegmenten. Es mag einen kosmopolitischen und einen kommunitaristischen Pol als Idealtypen von Gesinnungsklassen geben, die meisten Menschen positionieren sich aber irgendwo in der Mitte. Wir kritisieren zudem die Vorstellung, dass Individuen in der Breite der gesellschaftspolitischen Themen konsistente Einstellungsprofile besitzen, die politischen Lagern oder gar Parteiprogrammen entsprechen. Ich nenne das ‚Syndromannahme‘. Diese Idee führt in die Irre. Wer Veganer ist, äußert nicht notwendig ein besonderes Klimabewusstsein und steht nicht unbedingt der Zuwanderung aufgeschlossen gegenüber. Man kann allerdings schon sagen, je höher der Bildungsgrad oder der Status, desto größer die Passung. In den unteren Schichten sieht das oft ganz anders aus. Die These, die einfachen Schichten stünden eindeutig auf der traditionalistisch-nationalistisch-chauvinistischen Seite, während die akademische Klasse oder die neue Mittelklasse aufgeklärt, liberal, progressiv seien, stimmt in dieser Pauschalität auch nicht.

In einer neueren eigenen Erhebung vertiefen wir das nun. Fragt man beispielsweise nach

geschlechtergerechter Sprache oder der Akzeptanz von Trans*Personen, zeichnen sich verschiedene Verteilungsmuster ab. Fragen sexueller Diversität – Akzeptanz von Homosexualität, Adoptionsrecht für Homosexuelle, gleiche Rechte für Trans*personen – finden in allen Schichten übergroße Anerkennung. Gewiss lässt sich darüber streiten, wie weit diese Toleranz eigentlich geht, doch sind lediglich zehn Prozent der Bevölkerung in diesen Fragen zurückhaltend oder skeptisch. Rainer Forst hat von „Erlaubnistoleranz“ gesprochen, das heißt, die Leute sagen, jeder kann machen, was er will. Dennoch existieren auch Vorbehalte, die man nicht weg reden darf. Fragt man etwa danach, ob Trans*Personen am Freitagnachmittag öffentliche Schwimmbäder für zwei Stunden allein nutzen dürfen sollten, geht den meisten die Hutschnur hoch. Das nennen wir einen ‚Triggerpunkt‘. Solche Fragen provozieren starke Reaktionen, weil sie Gleichheitsvorstellungen verletzen. Gleichberechtigung akzeptiert man, empört sich jedoch über wahrgenommene Sonderrechte.

Die starken Reaktionen richten sich gegen Privilegien?

Es kommt auf die Interpretation der Reaktionen an. Sie zeigen keine generell ablehnende Haltung gegenüber Trans*Personen. Grundsätzliche Ablehnung und die Zurückweisung von empfundenen oder tatsächlichen Verletzungen des Gleichheitsprinzips muss man auseinanderhalten. Zur geschlechtergerechten Sprache etwa dokumentieren unsere Daten eine über alle Schichten verteilte, mehrheitliche Ablehnung. Dass akademische Schichten dem Gendern aufgeschlossen gegenüberstehen und arbeitende Geringverdiener nicht, kann man also aufgrund unserer Erhebungen nicht behaupten. Die Einstellungen sind auch nicht nach einem klaren Altersgradienten strukturiert, demzufolge die Boomer geschlechtergerechter Sprache ablehnend begegnen, während ihr die Unter-30-Jährigen aufgeschlossen gegenüber ständen. Eine so klare Trennlinie beobachten wir nur in Sub-Milieus, zum Beispiel in den Medien- und Kulturmilieus mit einer besonders deutlichen Altersstrukturierung. Ein solcher Befund lässt sich aber nicht auf die Gesamtgesellschaft projizieren. Auch in Migrationsfragen stellen wir keine eindeutige Spaltung fest, auch wenn die Meinungen hier kontroverser sind. Die Welt ist bunter, als meist angenommen.

Welcher Zusammenhang zwischen sozialökonomischen Positionen und Einstellungen lässt sich feststellen? Gibt es überhaupt einen?

Positionen und Einstellungen sind nicht völlig entkoppelt. Ich kann dazu im Moment leider noch nicht so viel sagen, weil unsere Analysen noch nicht abgeschlossen sind. Wir finden natürlich immer Unterschiede zwischen Gruppen, doch sind diese vor allem graduell. Sie

sind nicht kategorialer Natur, sodass man sagen könnte, die einen seien gegen Migration, die anderen dafür, die einen seien für sexuelle Diversität, die anderen dagegen. Die Abweichungen zwischen den einzelnen Gruppen liegen meist im einstelligen Prozentbereich, wenn man sich die Zustimmung zu bestimmten Items genau anschaut. Wir können in unseren Analysen immer eine Korrelation zwischen Klassenposition und Einstellungen feststellen, doch lässt sich damit nicht wahnsinnig viel erklären. Auch wenn die These von den zwei Gesinnungswelten sicherlich überzogen ist, folgt daraus keineswegs, dass wir uns in einem unstrukturierten sozialen Raum bewegen würden. Selbstverständlich spielen soziale Positionierungen eine Rolle, andererseits sind viele Binnendifferenzierungen in den einzelnen Milieus oder Klassen erkennbar. Die Arbeiterschicht ist nicht eindeutig als tendenziell rechts orientiert zu lesen, vielmehr werden dort durchaus liberale und universalistische Positionen vertreten. Selbst das kosmopolitische Milieu ist gar nicht so einfach zu beschreiben. Wer ist denn überhaupt ein Kosmopolit? Die meisten Leute können und wollen auch gar nicht überall leben, in Wahrheit schätzen sie ihre lokalen Bindungen – und sei es zu ihrem jeweiligen Berliner Kiez. Sie freuen sich über bestimmte Alltagsroutinen, wissen Wiederkehrendes, Stabiles zu schätzen. Insofern wird die soziale Wirklichkeit in einer ganzen Reihe von öffentlichen Äußerungen geradezu karikaturartig überzeichnet.

Sie haben in dem Aufsatz, den das *Berliner Journal für Soziologie* veröffentlicht hat, geschrieben, das Migrationsthema polarisiere stärker als andere? Warum?

Deutschland hatte in den vergangenen dreißig Jahren eine sehr intensive Migrationsgeschichte. Viele Veränderungen, die Heterogenisierung der Gesellschaft, die wachsende ethnische, kulturelle und auch religiöse Pluralität sind durch Migrationsprozesse ausgelöst worden. Ein Teil der Bevölkerung beklagt, dass er sich von gesellschaftlichen Veränderungen überrollt fühlt und bejaht die Frage, ob ihnen alles immer fremder wird. Diese Veränderungserschöpfung ist mit bestimmten Topoi verbunden: „das Boot ist voll“, „Deutsche zuerst“, et cetera. Der gleiche Überdruß, was Veränderung anlangt, macht sich auch noch in anderen Zusammenhängen bemerkbar, etwa beim Phänomen fortschreitender Digitalisierung oder angesichts der Restrukturierung der Arbeitswelt. Jedes Mal entstehen Anknüpfungspunkte für rechtspopulistische Mobilisierungen. Das Migrationsthema ist ja schon erfolgreich von der AfD politisiert worden. Einige Jahre lang war es in Umfragen und öffentlichen Debatten das drängendste Problem, hat diesen Spitzenplatz aber inzwischen verloren, was ein Zeichen für eine gewisse gesellschaftliche Akkommodation sein dürfte. Die Gesellschaft hat sich verändert, es gibt sehr viel mehr Migrantinnen und Migranten, fast 25 Prozent der

Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund – eine im Vergleich zur Situation vor drei Jahrzehnten wirklich fundamentale Veränderung. Dennoch sind die Einstellungen nicht allgemein reaktionärer, migrations skeptischer geworden. Sie haben sich sogar in mancher Hinsicht ein wenig liberalisiert. In den 1980er-Jahren lautete eine Standardfrage, ob man sich eine Türkin oder einen Türken als Nachbar vorstellen könne. Heute gibt es nur sehr wenige Leute, die sagen würden, sie lehnten eine solche Nachbarschaft ab. Offenbar haben Gewöhnungsprozesse stattgefunden, in deren Verlauf Ängste abgebaut werden konnten, was aber nicht ausschließt, dass wirtschaftliche Sorgen auch zu erhöhtem ethnischen Wettbewerb führen können. Gegenwärtig ist die Klimafrage für die Mehrheit in der Bevölkerung das wichtigste gesellschaftliche Problem. Das hat die Aufmerksamkeit für Migrationsfragen etwas verdrängt, obwohl wir in den letzten Wochen und Monaten doch unglaublich viele Menschen aus der Ukraine willkommen heißen haben.

Wenn sich die eine massive und gesellschaftsweite Polarisierung nicht feststellen lässt und stattdessen eher eine Vielzahl unterschiedlicher Konflikte zu beobachten ist, wäre es dann nicht produktiver, zu fragen, wie solche Konflikte bearbeitet werden, statt sich auf vermeintliche Spaltungstendenzen zu konzentrieren?

Ja, wir sollten immer nach gesellschaftlichen Befriedigungsformen fragen. Traditionelle Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wurden durch Sozialpolitik und einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat befriedet. Es gibt für diese Interessengegensätze ein etabliertes, institutionell eingespieltes Arrangement, wie wir es für andere Probleme und Konflikte noch nicht besitzen. In der Klimafrage etwa sehe ich ein ‚settlement of conflicts‘ oder eine Form der belastbaren Institutionalisierung derzeit nicht. Für mich als Ungleichheitsforscher ist sie nicht nur eine Frage der ökologischen Transformation, vielmehr stellt sie auch ein Verteilungsproblem dar – im Grunde die größte Verteilungsfrage, vor der wir stehen. Und das in mehrfacher Hinsicht: Kaum etwas ist so stark sozial strukturiert wie die Verursachung klimatischer Veränderungen, sowohl auf globaler, als auch auf nationaler Ebene. Schließlich ist etwa der ökologische Fußabdruck der oberen Mittelschicht um ein Vielfaches größer als derjenige der unteren 20 Prozent in der Einkommensverteilung. Wenn wir das individuell messen können – es gibt ja Technologien, die darauf hinarbeiten, solche Messungen in hoher Präzision zu ermöglichen –, dann werden sich Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen auf eine neue Art und Weise und mit neuer Dringlichkeit stellen. Man kann den Leuten in der Unterschicht doch moralisch nicht vorhalten, sie würden zu viel Fleisch essen und keine Elektroautos fahren. Trotz dieser Konsum- und Verhaltensweisen fällt deren Klimabilanz immer noch deutlich besser aus als die von Angehörigen der gehobenen Mittelschicht. Also bestehen jetzt schon

Verteilungskonflikte, für deren Befriedung uns eine auch institutionell verankerte Idee fehlt. Übrigens ist auch die Betroffenheit durch klimatische Veränderungen stark sozial strukturiert. Da tun sich offene Flanken in den gesellschaftlichen Kompromissverhältnissen auf, für deren Bearbeitung wir keine Form haben. Und gerade diese Konflikte werden sich sehr wahrscheinlich noch intensivieren.

Gilt das auch für die Konflikte, die meist als identitätspolitische gedeutet werden?

Die Lösungsformel für diese Konflikte lautet im Moment rechtliche Gleichstellung und Repräsentation, zum Teil auch Kompensation. Das ist ein gangbarer Weg. Die Konflikte verschärfen sich vor allem dort, wo es einerseits eine Ungeduld marginalisierter Gruppen gibt und andererseits starke Identitätsirritationen einer sich als „normal“ oder „durchschnittlich“ verstehenden Mehrheitsbevölkerung. Über Identität zu verhandeln, ist schwer, sie ist kein teilbares Gut, lässt sich nicht umverteilen. Die stark negativen Reaktionen auf Sprachpolitik haben auch damit zu tun, dass sie Identitätsirritationen auslöst, weil langwährende Sozialisationsprozesse bei diesen Dingen ins Spiel kommen. Die Leute haben das Gefühl, an sie werden von außen Zumutungen herangetragen, die derart stark in private, persönliche oder individuelle Ausdrucksformen und Verhaltensweisen eingreifen, dass sie für sie nicht akzeptabel sind. Dass das dann auch von rechts politisch kapitalisiert wird, ist keine Überraschung.

Worauf wäre in der Beschäftigung mit Ungleichheiten stärker zu achten als bisher? Was würden Sie gern genauer wissen?

Die Ungleichheitsforschung sollte insgesamt jede ökonomistische Verengung hinter sich lassen und stärker auf kulturelle wie auf ökologische Fragen eingehen. Wir haben gerade eine Umfrage gemacht, die versucht, ein mehrdimensionales Konzept von Ungleichheit zu entwickeln, indem auch Einstellungen und deren Verbindung zur Sozialstruktur genauer erfasst werden. Gleichzeitig haben wir in qualitativen Fokusgruppen mit Triggerpunkten gearbeitet. Wir wollten herausbekommen, mit welchen moralischen Repertoires die Leute auf bestimmte Fragen reagieren. Dabei ist das Konzept der Triggerpunkte deswegen interessant, weil es uns erlaubt, einerseits auf einer sehr basalen Ebene Einstellungen zu erfassen, zu sehen, wie liberal die Leute sein können, welche Sachen sie okay finden. Doch kochen an bestimmten Punkten andererseits plötzlich die Leidenschaften hoch, was uns so etwas wie inflammatorische Fragen erkennen lässt, die dazu führen, dass man sich bei gewissen Themen unglaublich stark verkämpft. Uns lag daran, neuralgische Punkte gesellschaftlicher Kommunikation ausfindig zu machen, auf die heftig reagiert wird – wie

beispielsweise im Fall der Schwimmzeiten allein für Trans*Personen.

Kann man eine Typologie der Triggerpunkte erstellen, irgendwelche Charakteristika identifizieren?

Daran arbeiten wir im Moment, sodass ich noch nichts Definitives sagen kann. Ein wichtiger Punkt, auf den die Leute relativ stark reagieren, ist die Gleichbehandlung. Heftige Reaktionen ruft auch eine Situation hervor, in der die Leute das Gefühl von Entgrenzung haben. Dann geht es beispielsweise weniger um diesen einen Straßennamen, der geändert werden soll, weil sich herausgestellt hat, dass der Namensgeber rassistisch war, sondern vielmehr um den sie beunruhigenden Eindruck, diese Initiative sei nur der Anfang oder Teil einer ganzen Serie von Veränderungen. Hält man jetzt einmal den kleinen Finger hin, wird die andere Seite gleich die ganze Hand nehmen.

Wie lassen sich Triggerpunkte identifizieren?

Wenn wir in den Diskussionen einen hohen Grad an Affektivität, an emotionaler Aufladung beobachten, dann spricht diese Intensität für die Existenz von roten Linien, hinter die man nicht mehr zurückwill. Also sind Triggerpunkte stets hoch kontrovers, lösen Diskussionen aus, die äußerst konfrontativ verlaufen. Daran kann man neuralgische Punkte erkennen – und dann etwa feststellen, dass nicht jede Person, die Skepsis gegenüber Geschlechterquoten äußert, automatisch ein Chauvinist ist. In anderen Fällen kann dieselbe Person, die gerade noch eine Frauenquote abgelehnt hat, sich entschieden für die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Mann und Frau aussprechen. Solche Spielräume individueller Positionierungen werden im öffentlichen Diskurs kaum zur Kenntnis genommen, da wird von einem auf das andere geschlossen.

Auch wenn es die gesellschaftliche Spaltung in ein kosmopolitisches Oben und ein kommunitaristisches Unten nicht zu geben scheint, kann man nicht dennoch eine politische Polarisierung beobachten?

Wir haben in Deutschland radikalisierte Ränder, vor allem auf rechter Seite. Das ist ein Phänomen, das es vorher so nicht gab, weil das politische System das gesamte Spektrum politischer Positionen umfasste. Solange Parteien Volksparteien waren und sein konnten, waren sie in der Lage, auch extremere Positionen programmatisch einzubinden. Jetzt gibt es mit der AfD eine Partei, die explizit als Systemopposition auftritt. Und es gibt Proteste auf der Straße, die sich ihrerseits als systemoppositionell verstehen. Diese neue Lage führt

nahezu automatisch zu einem Zusammenrücken, einer Art von Wagenburgmentalität, die sich im etablierten politischen System ausbreitet. Mithin verschiebt sich die Frontlinie, an der man sich abkämpft. Sie verläuft nun zwischen denjenigen, die das System tragen und repräsentieren, und denjenigen, die es grundlegend in Frage stellen. Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Neufiguration um eine gefährliche Entwicklung, keine Frage. Doch würde ich wieder Wert darauflegen, dass kein Riss durch die Mitte der Gesellschaft geht. Es ist der Rand, der sich radikalisiert. Nach meiner Auffassung ist die Polarisierungsmetapher wenig dazu geeignet, uns etwa die Diskussion über den angekündigten heißen Herbst oder den Wutwinter besser verstehen zu lassen. Kritisch für jede Gesellschaft ist eine Entwicklung, aufgrund derer sich Opposition und Protest gegen das System nicht mehr ohne weiteres inkludieren und letztlich auch pazifizieren lassen, und diese Ränder werden stetig breiter. Richten sich die politischen Aufmerksamkeiten nur noch auf ein prinzipielles Dafür und Dagegen, erreicht die Radikalisierung der Ränder ihr Ziel. Besser wäre selbstverständlich ein Wettbewerb der Argumente innerhalb des politischen Systems parlamentarischer Demokratien.

Steffen Mau

Steffen Mau ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Soziologie der sozialen Ungleichheit, Transnationalisierung und europäische Integration.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Jens Bisky.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/die-welt-ist-bunter-als-meist-angenommen.html>